

Bräuer-Beitung.

Offizielles Organ des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

№ 2.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.
Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 12. Januar 1906.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

16. Jahrg.

Protestversammlungen

müssen möglichst an allen Orten mit Brau- und Malzindustrie arrangiert werden!

Zu vergessen ist dabei nicht die Agitation! Vor allen Dingen mehr Agitation, Stärkung der Organisation, damit wir zu gegebener Zeit unserer Aufgabe gewachsen sind! Dazu tue jeder sein Bestes!

Protestversammlungen

der Brauereiarbeiter gegen die Brausteuererhöhung fanden statt und wurde die Protestresolution einstimmig angenommen:

- Am 16. Dezember in Leipzig (300 Personen).
- Am 17. Dezember in Karlsruhe (250).
- Am 18. Dezember in Magdeburg (300), zusammen mit den Tabakarbeitern.
- Am 20. Dezember in Potsdam (39).
- Am 26. Dezember in Mindelheim (23).
- Am 30. Dezember in Jever (26), Mempten (32), Elmshorn (14).
- Am 31. Dezember in Schwabach (120), Wasserburg (16), Ottobrunn (7), Memmingen (15).
- Am 1. Januar in Mühlhofs (12), Sonthofen (10).
- Am 5. Januar in Frankfurt a. O. (25), Breslau (230), Kassel (300).
- Am 6. Januar in Leisnig i. S. (200), mit Tabakarbeitern zusammen, Arnstadt (70), Heilbrunn (115), Bahr (20), Ludwigshafen (74), Speyer (250).
- Am 7. Januar in Rön (153), Hildesheim (35), Duisburg (20), Reib (23), Sagen (38), Eiberfeld-Barmen (65), Essen (58), Frankenhäusen (30), Halle (300), Wanne (24).
- Am 8. Januar in Schwiebus (19).

Die Statistik der Brauereien.

Wenn wir schon in jedem Jahre aus sachlichem Interesse die Ergebnisse der Brauereistatistik, wie sie in den Vierteljahrsheften der Statistik des Deutschen Reiches alljährlich veröffentlicht wird, unseren Lesern in zusammengedrängter und leicht verständlicher Weise vorzulegen bemüht waren, so haben wir gegenwärtig umsomehr Veranlassung, uns mit den vor kurzem veröffentlichten Zahlenreihen zu beschäftigen, als diese Angaben von großer Bedeutung zur Beurteilung der neuen Brausteuer vorlage sind. Der Gesetzentwurf enthält auch in seiner Begründung viel statistisches Material. Auch ohne dieses Material hätte man leicht herausfinden können, daß die Annahme der Brausteuer vorlage dem Reichsäckel für die Zwecke von Meer und Marine erhebliche Beträge zuführen würde. Das, was zur Beruhigung mancher bürgerlichen Kreise angeführt wurde, daß die Annahme der neuen Steuerprojekte den Aufschwungsprozess der kleinen und mittleren Brauereien durch die großen aufhalten würde, dieser Beweis ist durch die tatsächliche Entwicklung, die sich in der Statistik abspielt, nicht zu erbringen, denn die Staffelung der Biersteuer, welche einen Schutz der kleinen und mittleren Brauereien herbeiführen soll, ist in dem Heimatlande des Reichsfinanzsekretärs Frhen. von Stengel längst durchgeführt, ohne daß dieser Prozess in Bayern verlangsamt wurde.

Es mag ja sein, daß Konservative, Zentrumsleute, Antisemiten und andere Befürworter der Mittelstandsforderungen sich bei der Annahme des Biersteuerprojektes dahin ausreden, daß man nicht die Konsumenten belasten, man nicht die Bierproduktion schädigen, sondern ausschließlich die kleinen und mittleren Existenzen vor der Akkumulation durch den Großbetrieb sichern wollte. Gegen diese verlogene Politik, gegen diese Entschuldigungsgründe volks- und industrie-feindlicher Kreise im Reichstage muß man durch den Hinweis auf die Entwicklung der Brauerei Bayerns unter der gestaffelten Malzsteuer Einspruch erheben.

Wir wollen uns heute damit begnügen, die wichtigsten Ergebnisse der Tabellen über die Brauerei in den verschiedensten deutschen Brausteuergebieten während des Jahres 1904 wiederzugeben. Wir empfehlen, diese Angaben aufzubewahren, weil sie in den Kämpfen um die Brausteuer manchmal sehr nützlich zu verwenden sein dürften. Zu dem norddeutschen Brausteuergebiet gehört bekanntlich auch Luxemburg, das durch Staatsverträge gebunden ist, die gleiche indirekte Steuererhebung anzuwenden, die im Deutschen Reich geltend hat. Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen haben eine besondere Bierbesteuerung.

Betrachten wir zuerst die Verhältnisse in dem norddeutschen Brausteuer-Gebiete. Da finden wir, daß im Jahre 1904 wiederum wie in den vergangenen Jahren die Zahl der Brauereien gesunken ist. Zählte man noch im Rechnungsjahre 1903

6404 Brauereien, die im Betriebe waren, so im Jahre 1904 bloß noch 6204, somit ergibt sich eine Abnahme von 200 Brauereien, wobei die 12 luxemburgischen Brauereien nicht mit in Betracht gezogen wurden. Die Zahl der gewerblichen Brauereien war um 124, die Zahl der nicht gewerblichen Brauereien um 76 zurückgegangen. Die Bierstätten, die obergäriges Bier brauten, sind um 155 zurückgegangen, während die, die untergäriges Bier produzierten, sich um 45 verminderten. Dieser Rückgang der Brauereien ist aber nicht gleichbedeutend mit einem Rückgang der Bierproduktion, im Gegenteil ist die Bierproduktion gewaltig gewachsen in dieser Periode der Verminderung der Brauereien.

Im norddeutschen Brausteuer-Gebiet ohne Luxemburg wurden 7755 633 Doppelzentner Getreide verbraucht, das sind um 43 939 Doppelzentner mehr als im Jahre 1903, ebenso übertrafen die 142 000 Doppelzentner Malzrohstoffe um 5354 Doppelzentner den Verbrauch vom Jahre 1903. Bier wurde aus diesem Material produziert im Jahre 1904 6 445 675 Hektoliter obergäriges Bier, das sind 172 186 Hektoliter mehr als im Jahre 1903. An untergärigem Bier wurden im abgelaufenen Jahre produziert 37 744 794 Hektoliter, um 653 885 Hektoliter mehr als im Jahre 1903. Auch die Biersteuer wuchs und zwar von 31 559 775 Mk. auf 31 888 981 Mk. in der Höhe-einnahme, die aber nur um wenig höher war als die Reineinnahmen.

Zurückgegangen sind die Uebergangsabgaben aus den süddeutschen Brausteuergebieten, die mit 3 581 634 Mk. im Jahre 1904 17 407 Mk. weniger als im Jahre 1903 betragen. Auch der Eingangszoll ergab eine geringere Einnahme, und zwar um 142 543 Mark, da an Bierzöllen im Jahre 1904 nur noch 3 854 491 Mk. gegenüber fast 4 Millionen Mk. im Jahre 1903 eingenommen wurden.

Aber trotzdem zeigte auch das Jahr 1904 für die Reichskasse, wie in allen vorangegangenen Jahren, eine Steigerung der Einnahme, und zwar um 159 573 Mk. In noch höherem Maße, als die eigentlichen Brauereien, war die Zahl der Haushaltungen zurückgegangen, in denen die Bereitung von steuerfreiem Hausbier stattfindet, sie betrug im Jahre 1903 noch 29 114, im Jahre 1904 bloß noch 28 019. Die Zahl der Effigbrauereien war von 8 auf 9 gewachsen, ihre Steuerentrichtung aber von 2177 auf 2010 Mark heruntergegangen.

Von den 6204 Brauereien, die im Jahre 1904 besteuert waren (1903: 6405, auch die folgenden Zahlen in Klammern beziehen sich auf das Jahr 1903) zählten eine Brausteuer

bis	15 Mark	bis	30 Mark	361 (913)
über	15	30	159 (146)	
	30	60	200 (195)	
	60	150	478 (501)	
	150	300	562 (610)	
	300	600	719 (730)	
	600	1500	901 (955)	
	1500	3000	676 (695)	
	3000	4500	338 (332)	
	4500	6000	246 (254)	
	6000	9000	299 (321)	
	9000	12 000	176 (168)	
	12 000	15 000	133 (115)	
	15 000	30 000	247 (243)	
	30 000	60 000	140 (134)	
	60 000		88 (88)	

Es ist charakteristisch, daß die Zahl der größten Brauereien gleichgeblieben ist. Die Zahl der Brauereien, welche mehr wie 9000 Mk. Steuern bezahlen, ist um 30 gestiegen und um 1 gefallen, während die Zahlen der Brauereien mit Steuerleistungen bis zu 9000 Mk. um 246 gefallen und bloß um 15 gestiegen ist. Diese Entwicklung zum Großbetrieb wird auch die neue Biersteuerreform nicht ändern. Betrachten wir nun die höchsten Steuerleistungen in den einzelnen Steuerbezirken, so steht Brandenburg bezw. Berlin mit der höchstbesteuerten Brauerei, die 426 626 Mk. im Jahre 1904 entrichtete, weitaus an der Spitze. Dann folgt Schlesien, wo die höchst besteuerte Brauerei 307 996 Mk. zahlte. Hieran schließt sich das Königreich Sachsen mit 244 328 Mk., Hessen-Darmstadt mit 221 232 Mk., Anhalt mit 201 790 Mk., Hessen-Kassau mit 191 828 Mk., Ostpreußen mit 163 943 Mk., Westfalen mit 156 455 Mk., Hannover mit 150 835 Mk., Provinz Sachsen mit 146 904 Mk., die Rheinlande 123 568 Mk., Schleswig-Volstein 103 851 Mk., Mecklenburg 79 662 Mk., Thüringen 76 739 Mk., Westpreußen 76 320 Mk., Braunschweig 72 980 Mk., Hamburg 71 050 Mk., Bremen 59 988 Mk., Pommern 53 956 Mk., Posen 43 062 Mk., Lübeck 23 716 Mk., Hohenzollern 21 575 Mk., Oldenburg 21 437 Mk.

Steuern, welche die höchstbesteuerte Brauerei zu entrichten hatte. Speziell sei erwähnt, daß die Steuerpflichtigkeit der Berliner Schultheiß-Brauerei von 387 374 Mk. im Jahre 1903 auf die schon erwähnte Summe von 426 626 Mk. anwuchs.

Die Zahl der bayerischen Brauereien ging von 10 205 auf 10 154 zurück und zwar die der eigentlichen gewerblichen Brauereien von 3854 auf 3788, die der gewerblichen Kommunebrauereien außerdem von 2421 auf 2416, die der nicht-gewerblichen Brauereien verminderte sich von 10 205 auf 10 154, auch die übrigen Braustätten gingen zurück von 4385 auf 4316, dabei stieg aber in der Braunbierbrauerei, auf die sich die vorstehenden Zahlen beziehen, der Malzverbrauch von 7 068 080 Hektoliter auf 7 120 012 Hektoliter und die Biererzeugung schnellte noch mehr in die Höhe. Betrug sie im Jahre 1903 17 214 183, so im Jahre 1904 17 606 455 Hektoliter. Ähnliche Verhältnisse zeigte auch die Weißbierbrauerei Bayerns. Die Zahl der gewerblichen Brauereien ging von 559 auf 548, die der nicht-gewerblichen Brauereien von 714 auf 684 zurück, während der Malzverbrauch der gewerblichen Brauereien von 42 619 auf 44 268 Hektoliter stieg, dagegen sank der Malzverbrauch der nicht-gewerblichen Brauereien von 1548 auf 1426 Hektoliter. In ganzen stieg auch in den Weißbierbrauereien die Biererzeugung und zwar von 170 031 auf 172 436 Hektoliter. Die kleinen Brauereien nehmen an Zahl ab, erst bei den Brauereien mit einem Malzverbrauch mit über 2000 Hektoliter finden wir Steigerungen, doch ist zu bemerken, daß im Jahre 1903 Bayern 5 Brauereien mit einem Malzverbrauch von je über 100 000 Hektoliter zählte, während deren Zahl im Jahre 1904 auf 4 gesunken war.

Wenn die Staffelter der kleinen Brauereien in ihrer Existenz sichern soll, so lehrt die Erfahrung des bayerischen Malzaufschlages, dessen Staffelung unseren Lesern aus dem Fachblatte bekannt ist, daß die Zahlen der Brauereien, die dem Staffelsatz von nur 5 Mk. unterlagen, in der Zeit von 1903 auf 1904 um 10 gesunken ist. Die Zahl der Brauereien mit den beiden nächst höheren Sätzen ist bloß um 8 gewachsen, die mit dem Satze von 6 Mk. und 6,25 Mk. ist um 7 gestiegen, und die mit den höchsten Sätzen um 2 gestiegen.

Auch in Württemberg bleiben die im Rechnungsjahr 1904 gezählten 5350 Brauereien um 45 hinter denen des Vorjahres zurück und zwar sind unter als obergärige Brauereien gesunken. In Württemberg ist aber auch der verfeinerte Malzverbrauch nicht unerheblich zurückgegangen und zwar von 842 237 Doppelzentnern im Rechnungsjahre 1903 auf 807 793 Doppelzentner im Jahre 1904. Die kleinsten Brauereien mit dem niedrigsten Steuersatz gingen am meisten zurück, dann auch die mit dem nächst höheren Steuersatz, während sonst die Steuersätze zum Teil verhältnismäßig weniger zurückgingen, zum Teil noch stiegen. Das Ergebnis der Malzsteuer verminderte sich, da 1903 8 096 281 Mk. eingenommen wurden, dagegen im Rechnungsjahr 1904 bloß 7 758 699 Mk.

In Baden sehen wir gleichfalls einen Rückgang der Brauereien von 584 auf 565, aber auch einen Rückgang des Malzverbrauchs von 666 693 auf 658 799, dagegen aber eine gesteigerte Biererzeugung, nämlich statt 3 043 837 im Jahre 1903 3 078 007 im Jahre 1904. In der Weißbierbrauerei ging die Zahl der Betriebsstätten auf 98 herab, dagegen stieg der Malzverbrauch von 191 auf 238 und die Biererzeugung schnellte von 1193 auf 3831 Hektoliter hinauf.

Auch das Bild der Elsaß-Lothringischen Bierbrauerei war ein ähnliches. Die Zahl der Brauereien ging von 91 auf 83 zurück, tatsächlich im Betriebe waren im Jahre 1903 70, im Jahre 1904 67, dagegen stieg die Bierproduktion von 1 221 690 Hektoliter im Jahre 1903 auf 1 278 335 Hektoliter im Jahre 1904. Die niedrigen Biersteuerstufen kommen im Reichslande überhaupt nicht mehr in Betracht, bloß 2 Brauereien hatten unter 600 Mark Biersteuer bezahlt, 4 der 6 niedrigsten Steuerstufen kamen überhaupt nicht als Grundlage der Bemessung in Anwendung.

Die Zahlen der Bierbrauereien im norddeutschen Brausteuergebiete ging von 11 011 im Jahre 1885 ununterbrochen zurück auf 6622 im Jahre 1904, dabei stieg aber der Verbrauch von Getreide in der gleichen Periode von 4 733 616 Doppelzentner geschroteten Gerstenmalzes auf 7 593 532 Doppelzentner und die Malzrohstoffe wuchsen sogar von 30 450 auf 142 000. Während das obergärige Bier in dieser Periode von 8 081 157 Hektoliter auf 6 445 675 Hektoliter fiel, stieg die Produktion des untergärigen

Bieres von 16 209 532 Hektoliter auf 37 741 283 Hektoliter. Während im Jahre 1885 auf 100 Hektoliter Bier 33 Hektoliter obergäriges und 67 Hektoliter untergäriges kamen, so im Jahre 1904 15 Hektoliter obergäriges und 85 Hektoliter untergäriges Bier. Zu einem Hektoliter Bier aller Sorten wurden durchschnittlich nebeneinander verwendet: im Jahre 1885 20,09 Kilogramm Getreide und Reis und 0,10 Kilogramm Malzextraktstoffe, dagegen im Jahre 1904 17,72 Kilogramm Getreide und Reis und 0,16 Kilogramm Malzextraktstoffe.

Auf den Kopf der Bevölkerung kamen innerhalb des Deutschen Reiches Bierabgaben im Jahre 1885 1,41 Mk., im Jahre 1904 1,57 Mk. Der höchste Ertrag ergab sich in den Jahren 1898 und 1899, mit 1,73 Mk. An Biersteuern wurden überhaupt entrichtet im ganzen Deutschen Reich im Jahre 1885 64 879 300 Mk., im Jahre 1904 dagegen 93 507 300 Mk. Den höchsten Ertrag ergab das Jahr 1900 mit 96 407 100 Mk. Im norddeutschen Brauereigebiet, das mit der Steuerreform besonders begünstigt werden soll, ergibt sich eine Steigerung der Gesamteinnahme von Bier in den Jahren 1885 bis 1904 von 22 098 100 Mk. auf 39 193 400 Mk. und auch auf den Kopf der Bevölkerung wuchsen in dieser Periode die Bierabgaben von 62 auf 83 Pf.

In der Periode 1885 bis 1904 stieg die Biergewinnung des ganzen deutschen Zollgebietes, einschließlich Luxemburgs, von 41 857 000 Hektoliter auf 70 241 000 Hektoliter oder auf den Kopf der Bevölkerung von 88 auf 117 Liter. Im Brauereigebiet wuchs in dieser Periode der Bierkonsum von 24 479 000 auf 46 122 000 oder auf den Kopf der Bevölkerung von 69 auf fast 98 Liter. Der Höhepunkt wurde im Jahre 1900 mit 106 Liter auf den Kopf der Bevölkerung erzielt. Bayern konsumierte pro Kopf der Bevölkerung 1885: 209, 1904: 235 Liter, 1898 aber fast 248 Liter. In Württemberg stieg pro Kopf der Bierkonsum von fast 144 Liter im Jahre 1885 auf fast 195 Liter im Jahre 1897, um auf fast über 164 Liter im Jahre 1904 zuzunehmen. Baden hatte 1885 etwas über 79 Liter pro Kopf konsumiert, 1899 aber fast 172, 1904 etwas über 150 Liter. In Elsaß-Lothringen betrug der Konsum pro Kopf 1885 annähernd 45 Liter und im Jahre 1904 fast 92 Liter.

Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß die geplante höhere Besteuerung des Bieres nicht bloß für die Bierproduzenten, für Unternehmer, wie für Arbeiter von einschneidender Bedeutung sein wird, sondern daß sie auch in überaus harter Weise auf die Lebenshaltung, insbesondere auf den Bierverbrauch einwirken muß, so daß die Bierindustrie damit rechnen muß, neben der stärkeren Belastung durch die erhöhten Steuern, durch die Verteuerung des Malzes und des Hopfens damit unserer ausgezeichneten Zollpolitik auch eine erhebliche Verminderung des Bierkonsums ins Auge zu fassen.

Unsere sogenannten Staatsmänner nennen das nationale Wirtschaftspolitik!

Wohlfahrts-Einrichtungen.

Die Wohlfahrts-Einrichtungen sind ein Mittel, um sozialen Frieden zu stiften, indem ein Kompromiß, das den sozialen Kampf zu verschärfen geeignet ist; deshalb müssen wir uns gegen sie wenden. Die Worte gebraucht auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik der Professor Lajo Brantano, Lehrer der Nationalökonomie an der Universität zu München, ein gewandter Kenner der Arbeiterbewegungs-Einrichtungen, einer der hervorragendsten Führer der Gewerkschaftsbewegung und ein Mann, der sich nicht scheut, für seine Überzeugung einzutreten.

Diese Worte verdienen, in die weitesten Kreise der Arbeiter einzudringen; denn trotz Verschärfung des Klassenkampfes, sowie Unpopulärkeit der Unternehmer ohne Rücksicht auf die Person, gibt es noch eine große Zahl von Arbeitern, die von dem Wohlfahrtsverband befangen sind und gerne von dem Unternehmer einen Pfennig als Geschenk annehmen, um ihn dafür eine Mark zu lassen. Gerade die Wohlfahrts-Einrichtungen sind die Klippe, an der schon manche arbeitende Bewegung zerbrach. Wegen geringfügiger Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer hat sich schon manche Arbeiterbewegung aufgelöst, nicht nur der Organisation seines Berufs fernzuziehen, sondern er wurde auch bei notwendig werdenden Arbeiter-Einrichtungen zum Verräter an seinen Klassenkampf, zum Streikbrecher. Und dies bloß, weil er vielleicht in einem Arbeiterwohnhaus des Unternehmers etwas billiger wohnt und etwas abends mehr, oder weil er glaubt, wegen geringer Beiträge bei verschiedenen Anlässen dürfte er sich nicht gegen seinen „Brotgeber“ anschließen. Ohne dabei zu bedenken, daß er nicht bloß ein Arbeiter und etwas handelt, sondern daß dadurch auch die Forderungen seiner organisierten Kollegen, die betriebsfremde „Gehälter“ erhalten, durch die Wohlfahrts-Einrichtungen wieder aufzuheben sind, in Frage gestellt sind. Gelangt es den Unternehmern mit Hilfe solcher Arbeiter, die gestellten Forderungen abzulehnen, kann man sich die Ausgaben für Wohlfahrts-Einrichtungen ganz gut und bedenken unter diesen Umständen für den Unternehmer große Ersparnisse, denn er ist imstande, mehrere Löhne zu zahlen. Aus diesen Gründen „stellen“ sich die Unternehmer, wohl mit einigen Ausnahmen, ihre Wohlfahrts-Einrichtungen. Für sie sind die Wohlfahrts-Einrichtungen Mittel des sozialen Friedens, die Arbeiter in ihrer beständigen Unterwürfigkeit zu erhalten, sie abzuhalten, von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen. Demartige Einrichtungen dienen eben mehr der Wohlthat der Unternehmer, als der der Arbeiter; für sie sind das größte Hindernis beim Aufstieg der Arbeiter zur höheren Kultur und bringen die Arbeiter in eine klassenmäßige Abhängigkeit vom Unternehmer, daß der sogenannte „freie Arbeitermarkt“ gar keine wird. Bei Arbeitern, die noch in großer Unwissenheit verharren, gelangt dies noch eine gewisse Zeit, bis auch sie genügend aufgeklärt sind, ihre unzulässigen Forderungen abzugeben zu erkennen. Es zeigt sich dies deutlich im Reiches Kampf, dem Zweck der Wohlfahrts-Einrichtungen, um das patriarchalische System der höchsten Wohlthätigkeit auszuwählen. Vor wenigen Jahren wählten die Arbeiter Arbeiter „ihren“ Kampf und wollten wenig wissen von der freien Arbeiterbewegung; wie ganz anders heute!

Wohlfahrts-Einrichtungen sind eben nur am Platze, wo es sich um eine Arbeiterbevölkerung handelt, die auf einem sehr tiefen geistigen Niveau steht, ohne daß die geringste Hoffnung vorhanden ist, daß sie aus eigener Kraft sich in absehbarer Zeit selbst in die Höhe zu ringen vermöchte. Ueber diese Zeit sind wir aber in Deutschland zum guten Teil schon hinaus. Ueberall macht sich das mit Erfolg gekündete Streben der Arbeiter bemerkbar, aus eigener Kraft in die Höhe zu kommen und sich von der „wohlwollenden Bevormundung“ der Unternehmer zu befreien. In einem Lande, wo der Arbeitervertrag auf gegenseitigem Uebereinkommen beruht, wo die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter schon Ersparnisse zur Förderung der Lebenslage der arbeitenden Klasse geleistet hat, haben sich solche Einrichtungen überlebt, sobald die Arbeiter von ihrem gesetzlich gewährtesten Recht ausgiebig Gebrauch machen. Aber hier ist noch vieles zu tun, denn trotzdem in den letzten anderthalb Jahrzehnten durch die Tätigkeit der freien Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiete manche Bereiche gelehrt wurde, sind neuerdings diese Einrichtungen in starker Zunahme begriffen, weil noch vielfach die Meinung verbreitet ist, auf diesem Wege könnte noch Erprobliches zur Lösung der Arbeiterfrage beigetragen werden.

Besonders in den Brauereien ist der Wohlfahrtszweck noch stark verbreitet, insbesondere dort, wo sich die Arbeiter aus industriell zurückgebliebenen Gegenden rekrutieren. Man kann oft hören, was der „Herr“ alles für seine Arbeiter tut, ein Zeichen, daß man sich noch nicht bewußt ist, daß dies meistens nur geschieht, um die Arbeiter in Abhängigkeit zu erhalten und sich arbeitswillige Elemente zu sichern; da kein Recht auf betriebsfremde Wohltätigkeit besteht, sondern alles dem „billigen Ermessen“ des Arbeitgebers anheimgestellt ist. Es ist an der Zeit, daß sich auch endlich sämtliche Brauereiarbeiter zu dem Standpunkt emporkriegen, keine Geschenke zu verlangen, sondern für geleistete Arbeit entsprechenden auskömmlichen, wohlverdienten Lohn beanspruchen.

Wenn hervorragende Vertreter der Wissenschaft, die nicht im proletarischen Lager stehen, durch gründliche Forcierung zur Ueberzeugung kommen, daß die Wohlfahrts-Einrichtungen der Unternehmer für die Arbeiter schädlich wirken und nicht dem sozialen Frieden dienen, warum sollten nicht auch die Arbeiter zur Einsicht kommen, daß diese „Wohltaten“ für eine freiere Entfaltung ihrer Kräfte hinderlich sind. Wenn ein Unternehmer philanthropische Anwandlungen empfindet, mag er sie durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes zum Ausdruck bringen; dies ist der beste Prüffstein für ein soziales Verständnis eines Arbeitgebers. Gerade aber in Gegenden, wo Wohlfahrts-Einrichtungen so häufig anzutreffen sind, lassen Arbeitszeit und Arbeitslohn gewöhnlich viel zu wünschen übrig. Von diesen Punkten hängt aber in erster Linie das Aussehen der Arbeiterklasse in bessere Lebensbedingungen ab. In dieser Beziehung haben die Arbeitgeber, denen das Wohl ihrer Arbeiter am Herzen liegt, ein reiches Feld der Betätigung vor sich. Die Erfahrung zeigt aber, daß Fortschritt in dieser Richtung — einige wenige Ausgenommen — nicht zu verzeichnen sind; sondern daß alle Ertragsgewinne auf diesem Gebiete nur durch einheitliches Vorgehen und festen Zusammenschluß der Arbeiter in oft heiligem Ringen den Arbeitgebern abgefragt werden müssen; also Forderung der Tätigkeit der Arbeiterorganisationen sind. Daher ist der Zusammenschluß aller Betriebsgenossen die erste Voraussetzung zu wirklichen, wahren Wohlfahrts-Einrichtungen, an deren Spitze nicht der Unternehmer-Egoismus als Pate stand, die sich die Arbeiter selbst geschaffen haben und nach ihrem eigenen Ermessen darüber verfügen können durch eine kräftige, ausgebaute und geschlossene Organisation.

Bewegungen im Berne.

- † Darmstadt. Die Kollegen der Malzfabrik Groß-Zimmerer beabsichtigen in eine Lohnbewegung einzutreten. Bezug nach dort ist fernzuhalten!
- † Jülich. Der Tarif mit den hiesigen Brauereien ist abgeschlossen. Näheres folgt!
- † Schwiebus. Die Differenzen mit der Schloßbrauerei sind beigelegt. Herr Lotter erklärte, den einen der Entlassenen bei der ersten Sitzung einzustellen, ferner wurde volle Kooperationsfreiheit zugesichert, und darf niemand wegen Betriebs-Angelegenheit entlassen werden.

Korrespondenzen.

Gen U. An meinem Sanbericht wird im Organ des Transportarbeiter-Verbandes die auf Hann-Münden bezügliche Stelle gliedert und behauptet, es sei dort nur ein Brauer zu organisieren. Ich habe auf den feineren Stellen der Arbeiterbewegung des Kasseler Berichterstatters in Nr. 12 des „Courier“ nicht erwidert, einzustehen, weil ich erst spät von dem Artikel Kenntnis erhielt, denn ab. r., weil man mit solchen Enten nicht polemisiert. Ich habe den Berichterstatter, welcher dabei in Betracht kommt, so viel zu erklären, als daß er über unsere Unterredung sich konstat. und widersprüchliches Zeug berichtet haben könnte. Ein paar Bemerkungen von seiner Seite dürften genügt haben, um die Phantasie des Kasseler Berichterstatters so sehr anzuregen, daß er solchen Unsinns und solch verlogenen Zeug zusammenschreiben konnte. Ist doch dieser Berichterstatter, sicher ohne daß er eine Ahnung davon hat, auch sonst zu einer wenig ehrlichen Manipulation gebraucht worden. Derselbe weiß sehr wohl — ich vermute auch, der Artikelstreiber, doch geht es diesem offenbar nicht in den Sinn — daß außer diesem einen Brauer noch verschiedene Leute zu organisieren wären, sogar unter den Bierfahrern. Freilich nach den demagogischen Auslegungen seitens der Transportarbeiter nicht für unseren Verband. Danach ginge uns freilich auch der „einzige“ Brauer nichts an, denn meines Wissens ist er Arbeiter, nach der Auslegungslinie der Transportarbeiter also im Transportgewerbe tätig, da er doch das Bier vom Lagerplatz ins Transportgefäß „transportieren“ muß, folglich gehört auch dieser zu ihrem Verband. Ich habe Schmid als Gewerkschaftler gebeten, mir bei der Agitation behilflich zu sein und das Material, das ich ihm zuschicken würde, unter den Lesern zu verteilen. Schmid verspricht, bei der Agitation mitzuwirken. Ich war deshalb nicht wenig erstaunt, als ich einige Tage nach der Abfertigung einer Anzahl von Flugblättern die Mitteilung durch Postkarte erhielt, unterschrieben mit Schmid, daß er diese Flugblätter nach Berlin geschickt habe. Da mir Schrift und Schreibweise auffiel, betrachtete ich die Karte etwas genauer und siehe da, sie war wohl mit dem Namen des hiesigen Brauereiarbeiters unterschrieben, war aber von einem Gewerkschaftler unterschrieben und abgeschrieben. Die Postkarte konnte mich ja nicht irreführen — in Händen dürfte es auf der Post kaum einen Hamburger Stempel geben. Und diese, welche solchen plumpen Schwindel treiben, wollen christliche Gewerkschaftler als Methodisten bezeichnen! Wie schon erwähnt, schlage ich mich mit Lesern solchen Schloges, welchen alle Mittel zur Erreichung ihres Zweckes erlaubt erscheinen, ohne zwingende Notwendigkeit nicht heraus. Ich habe deshalb auch diesmal darauf verzichtet, auf die Einzelheiten des geschickten Schwindels in Nr. 12 des „Courier“ einzugehen.

genommen. Aufnahmen hatten wir 10 zu verzeichnen. — In der Brauerei Wollschlucht (Gebr. Kircken) wurde ein Kollege entlassen, weil er die Weihnachtstage um 2 Tage Urlaub angefragt, der Braumeister ihm aber nur einen Tag bewilligt hatte, und dem Kollegen nach der 2. Feiertag vom Jahre abgezogen wurde. Die Kollegen Umborn und Hertlein wurden vorzeitig, eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden. Die Zeitung wird sich um an den Syndikus in Erfurt wenden.

Hamburg. Am 29. Dezember v. J. tagte im Restaurant „Ballhaus“ eine allgemeine Brauereiarbeiterversammlung, die sich mit der geplanten Erhöhung der Biersteuer beschäftigte und ziemlich gut besucht war. In eingehender Weise sprach der Referent Gen. Gasteiger über die klassenstaatliche Steuerpolitik, deren Grundzüge, das indirekte Steuerregime, gerade die unteren Volksschichten, die arbeitende Klasse fortgesetzt belastet und wie ein Vampir auszusaugen bestrebt sei. Durch die Schulden und Pampwirtschaft, die seit Jahren im Deutschen Reich in der unverantwortlichsten Weise geführt wird, sind unsere Finanzkassen gezwungen, immer nach neuen Einnahmen sich umzusehen, da aber die bestehende Klasse in der Reichsvertretung die Mehrheit besitzt und mit allen möglichen Mitteln erfolgreich gegen eine Belastung ihrerseits ankämpft, so sind es eben immer und immer wieder die Vermissten der Armen, die die Zehne bezahlen müssen. An der Hand unanschätzbaren Zahlenmaterials weist Redner nach, daß die Weltmachtspolitik, der Militarismus und Marinismus nahezu die ganzen Einnahmen aufbrauchen, so daß für die eigentlichen Kulturzwecke, Ausbau der Arbeitergesetzgebung, Schulwesen usw. überhaupt nichts mehr übrig bleibt. Wenn die Regierung nun wieder zu neuen Steuern greift und eine Verteuerung des Tabaks und eine Erhöhung der Biersteuer plant, so weiß dieselbe, daß sie in der Reichsstaatsmacht, in der bestehenden Klasse, treue Bundesgenossen findet, weil bei allen Anlässen, so auch bei der Beratung des Zolltarifs, die reaktionären Parteien, vom Zentrum angefangen bis herab zur freisinnigen Volkspartei, bemüht waren, dem unter Not und Elend leidenden Proletariat die schweren Lasten anzuhängen und bereitwillig den umerlösten Flottenplänen zur Durchführung hergeholfen haben. Redner fährt den Anwesenden ferner die Erhöhung der Brauereiarbeit und die heute noch nicht begrifflichen Nachteile, die aus dieser Erhöhung entspringen, vor Augen, fordert alle Anwesenden auf, gegen diese Politik der Reichsregierung Front zu machen und durch straffen Zusammenschluß, durch Eintritt in den Zentralverband der Brauereiarbeiter sich einigermassen vor den Nachteilen zu schützen und nicht zu warten, bis es zu spät sei. Nach einer kurzen Diskussion wurde einstimmig die bekannte Protestresolution angenommen, und trat eine Anzahl Kollegen der Organisation bei.

Breslau. Zur Protestversammlung am 5. Januar im „Gewerkschaftshaus“ waren sämtliche in den Brauereien, Bierbrennerien und Malzfabriken beschäftigten Personen eingeladen. Daß viele davon noch nicht den Ernst der Lage erkennen, beweist der ungenügende Besuch, es waren etwas über 200 Personen anwesend. Der Vortragende, Gen. Neufach, verglich die Anwesenden in 2 Ständen, die Befahren, denen wir zurzeit entgegen gehen. Er verglich die Besteuerung vom Einkommen des Reiches von 20 000 bis 100 000 Mark und unsere von 300 bis 1000 Mark und zeigte die traurige Tatsache, daß der arme ein vielfaches mehr von seinem Einkommen steuert als der Reiche. Selbst der geringe, der für den Arbeiter zurzeit eine Defizitklasse ist, der ist nicht einmal steuerfrei. Und wenn die herrliche Weltordnung so weiter geht, dann werden wir dem Reichen ebenso entgegen müssen als dem Fleische. Darum ist es notwendig, daß jeder Arbeiter seine Interessen vertritt, sei es zur Wahl, zur Versammlung, im Arbeitsverhältnis oder sonst wo. Redner ging zu der geplanten Erhöhung der Brauereiarbeit und ihren Folgen für die Arbeiterklasse im allgemeinen und die Brauereiarbeiter im besonderen über, daß viele kleine Betriebe zugrunde gehen und die Brauereiarbeiter auf Straßenpflaster geworfen werden. Es ist jetzt schon erwiesen, daß die Zahl der Brauereien vom Jahre 1873 von 13 500 auf 6400 gesunken ist. Dies noch nicht genug. Die Großbetriebe würden sich die Brauereiarbeiter abschütteln und dem Konsumanten dem arbeitenden Volke aufbürden. Gerade wie die Unternehmer sich gegen diese Maßnahmen organisieren und dagegen Protest erheben, so ist es erst recht unsere Pflicht und unser gutes Recht, uns immer enger zusammenzuschließen und ganz energisch gegen die Maßnahmen der Regierung zu protestieren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und den Versammelten anheimgestellt, recht regen für den Verband zu agitieren, denn nur von der Stärke unserer Organisation hängt es ab, wie unsere diesjährige Lohnbewegung ausfallen wird. Ebenfalls wurde jeder für die Ausbreitung des Arbeiterblattes, der „Volkswacht“, traurig ist es, daß so viele in ihrem Heim den „Generalanzeiger“ dulden.

Burgdorf (Schweiz). Viele Mühe kostete es dem Brauereiarbeiterverbande, bis in der Brauerei Wyniaen, Bisiger Herr Schlent, normaler Mensch, einigermassen den Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen wurde. Aber was nützt all die Mühe, wenn organisierte Kollegen das vom Verband Erreichte mit Füßen treten und zu dem alten Schlenndrian zurückkehren. Es ist ein Hohn auf die Organisation, wenn man den Bestimmungen und den Interessen des Verbandes keine Achtung schenkt. Herr Schlent kennt, weiß auch, wie er die Arbeiter „schlägt“. Als Herr Schlent voriges Jahr drei Brauer einstellte, stellte er es ihnen frei, den Minimallohn oder monatlichen Lohn von 70—75 Frs., Kost und Logis bei ihm zu nehmen. Nun kehren die Kollegen zum alten Schlenndrian zurück und mußten auch seine Folgen tragen. Besonders und hauptsächlich ist der als Oberbursche angestellte R. Stöcklein ignoral, welcher jetzt allein fast Tag und Nacht trantert und es jedenfalls auch schon satt hat, soviel mitgeteilt wird. Das traurigste von allem ist, daß R. Stöcklein auch noch die Arbeiter auf Pfänder setzen hilft. Obwohl Herr Schlent sagte, im Winter beschäftigte er 2 Brauer, so wurde der letzte noch entlassen auf Veranlassung Stöckleins, nach Aussage des Brauers Schäbler. Im Sommer mußte gearbeitet werden 11, 12 und 12 1/2 Stunden, ohne Vergütung für Ueberstunden, sowie auch Sonntags 2—3 Stunden und die Djour, alles um nichts; sie hatten Kost und Logis und Freibier. Als die Sektion Burgdorf die Kollegen aufforderte, doch das Bessere zu wählen, da Herr Sch. es freigestellt, geschah es bis auf Stöcklein, welcher nun Kunde suchte, die anderen zu entlassen, was er auch fertigbrachte, sogar ohne Kündigung (Schmidt). Ob Stöcklein mehr Lohn für seine Leistungen bezieht, wir wissen es nicht. Es wurde uns von vertrauter Seite mitgeteilt, er wolle den Schwiriger Stand von den Füßen schütteln. Herr Schlent drückte sich aus, waggonweise könne er Brauer beziehen von „Hupp“, wenn einer zu viel sei, so stelle er ihn ans, wenn er einen braucht, so sende er nur eine Karte. Wir behalten das Geschäft im Auge, denn bis in 2 Monaten braucht Herr Schlent wieder Arbeiter, vielleicht kommt dann ein Waggon voll, die ihn unlieb werden können und sich nicht so eins, zwei ans Pfänder setzen lassen. Den Charakter und die Arbeiterliebe des Herrn Schlent werden wir in einer andern Nummer befechten.

Dessau. Am 23. Dezember sprach Reichstagsabgeordneter Reus in einer Brauereiarbeiter-Versammlung über die geplante Erhöhung der Brauereiarbeit. Von den über 400 Brauereiarbeitern in Dessau waren kaum 100 an Stelle, die anderen schämt diese so wichtige Frage nicht zu interessieren. Der Redner bemerkte in Rücksicht auf die höhere Biersteuer in Süddeutschland, daß wir alle indirekten Steuern überhaupt ablehnen; für uns ist die höhere Steuer in Süddeutschland nur ein noch

höheres Unrecht, das nicht dadurch zum Recht werden kann, daß man es auch auf Norddeutschland ausdehnt. Die indirekte Steuer belastet den Armen so stark wie den Reichen und ist daher ein schreiendes Unrecht, sie trägt nicht Rechnung einmal der Leistungsfähigkeit und sodann auch nicht der Leistungspflicht, indem der Reiche für die ihm vom Staate gebotenen Leistungen, die ihm sein hohes Einkommen und Vermögen erst möglich machen, natürlich auch eine entsprechende Gegenleistung bieten muß. Die Forderung der Regierung steht aber auch in unlöslichem Widerspruch mit dem § 6 des Flottengesetzes vom Jahre 1900, nach welchem der Mehrbetrag der Flottenkosten nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsteuern gedeckt werden soll. Die Regierung legt das so aus, es handle sich nur um ein Genußmittel, nicht um Nahrungsmittel. Aber auch Genußmittel sind zum Menschenleben notwendig, und die Regierung rechnet ja auch damit, daß sie nötig sind, denn sie erhofft ja aus der höheren Brausteuer mehr Einnahmen, und das Bier ist doch ein Massenverbrauchsartikel. Die Regierung sagt, diese Steuer würden die Brauereikapitalisten tragen, die dann weniger Dividende bekämen. Das werden sie nicht tun. Wer der Mächtigste ist, schiebt die Steuer ab. Sie können das Bier verteuern, oder weniger gehaltreich machen. Die am 1. März eintretende Zollerhöhung für Brauereierzeugnisse wird ohnehin dazu treiben. Viele Arbeiter aber werden wieder mehr zum Schnaps greifen und sich auch vom Standpunkt der Abstinenzler eine Erhöhung der Brausteuer zu verweigern. Des weiteren muß die erhöhte Brausteuer unter den sehr verschieden leistungsfähigen Brauereien einen noch außerordentlich verschärften Konkurrenzkampf herbeiführen. Durch die Staffelung der Steuer von 7-12,50 Mark pro Doppelzentner will die Regierung die kleinen Brauereien kapern. Aber der Konkurrenzkampf, der dann entbrennen muß, indem die großen Brauereien den Steuerhöhen durch Umfaherweiterung weht zu machen suchen, wird für die kleinen Brauereien geradezu vernichtend wirken. Wie die kolossale Verminderung der Kleinbrauereien beweist, hat im Brauereiwesen die rapideste Entwicklung zum Großbetrieb Platz gefunden, das wird in Zukunft nicht anders und bei einer solchen Steigerung der Brausteuer noch viel schärfer werden. Kleinbetriebe werden ruiniert, Lohnarbeiter erzeugt, Wirte proletarisiert. Wir haben, abgesehen von unserem prinzipiellen Standpunkt, der uns keine indirekte Steuer zulässig erscheinen läßt, auch die Gegenwart mit ihren Bedürfnissen im Auge. Und da kann es den Brauereiarbeitern nicht gleichgültig sein, wenn der Arbeitsmarkt mit arbeitslosen Brauereiarbeitern überschwemmt wird. Die Brauereiarbeiter können mit Recht wünschen, daß die Entwicklung zum Großbetrieb in ihrem Gewerbe sich nicht geradezu überstürzt. Das muß aber kommen, wenn nun auch noch diese Erhöhung der Brausteuer eintritt.

So haben alle Arbeiter als Konsumenten und die Brauereiarbeiter als Produzenten, ferner aber auch alle Brauereibesitzer und unter ihnen besonders die kleineren das allergrößte Interesse, sich gegen die geplante Brausteuererhöhung zu wehren. Ob sie damit Erfolg haben werden? Alles hängt vom Zentrum ab. Das gibt den Ausschlag. Im Zentrum aber sitzen viele Agrarier, und besonders auch kommt in Betracht, daß die Zentrumsabgeordneten gerade auch in Süddeutschland sitzen, wo sie sich damit verteidigen können, daß ja nur eine Gleichstellung in der Besteuerung für Nord- und Süddeutschland herbeigeführt worden sei, daß Süddeutschland nicht höher belastet werde. Und so sind denn die Aussichten schlecht. Mögen die, die jetzt wieder zu wählen bekommen, besser wählen, mögen sie sozialdemokratisch wählen, mögen sie gegen die ewige Flottenvermehrung stimmen, damit keine Steuern nötig sind, sonst ist ihnen nicht zu helfen. Mögen die Arbeiter aber wieder auch aus dieser Brausteuerfrage lernen, daß alles darauf ankommt, daß die Arbeiter organisiert sind, politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich. Erst wenn die Arbeiter wirtschaftlich stärker sind, können sie die Ueberwälzung solcher indirekten Steuern abwehren, erst dann können sie direkte Einkommens- und Vermögenssteuern erzwingen.

In der Debatte ergriff auch der Vorsitzende des Bundesvereins, Kollege Kischer, das Wort. Er hatte an dem Vortrag zu monieren, daß derselbe auch Politik berührt habe. Als ob das bei einem solchen Gegenstande überhaupt zu vermeiden wäre, was auch Kollege Kischer zu Gemüte geführt wurde. Sodann sagte er ihm nicht, daß in seiner zweiten Resolution zur einheitlichen Organisation im Brauereiarbeiterverbande aufgeführt wurde. Pens machte Kollegen Kischer klar, daß es nur eine Arbeiterorganisation geben dürfe, die keine sozialdemokratische Politik, wohl aber gewerkschaftspolitisch treiben müsse, die alle die Politik zu treiben habe, die auf das Arbeitsverhältnis unmittelbar einzuwirken vermöge. Natürlich konnte Kischer das nicht widerlegen. Auch das war für ihn unwiderleglich, daß wer die Flottenvermehrung bewilligt, auch Schuld daran trägt, daß immer neue Steuern gefordert werden. Was aber Kischer am meisten und begreiflichsterweise aufregte, das war, daß Pens ihm vorhielt, über „Bund“ sei überhaupt nicht berechtigt, sich als aufrechte Arbeiterorganisation zu fühlen, da er sich bestreben lasse. Kischer hatte nämlich am 3. Dezember in einer Versammlung des „Bundes“ sich damit geäußert, daß der Bund bei 4000 Mitgliedern 75 000 Mk. Vermögen und der Verband bei über 20 000 Mitgliedern nur 81 000 Mk. Vermögen habe. Kollege Kische wies demgegenüber mit Recht darauf hin, daß der Verband allein im 2. Quartal 165 519,97 Mark Ausgabe gehabt habe, während die Einnahme 119 189,70 Mark betrug. Der „Bund“ kämpfe eben nicht. Pens las dann aus der „Bundzeitung“ die zahllosen Brauereigeschenke vor, durch die der Bund sich in Wahrheit bestreben lasse. Selbstverständlich geben die Brauereien diese Geschenke nicht umsonst. Was sie schenken, sparen sie an den Löhnen zehnfach. Im moralischen Sinne liegt eine echte und rechte Bestechung vor. Spätestens jetzt muß Kischer den der Organisation gemachten Vorwurf zurück auf sich persönlich bezogen. Die Charakterisierung der Brauereigeschenke als Bestechungsmittel konnte er aber nicht widerlegen.

Die Versammlung nahm die im Sinne des Referats lautende Resolution gegen die Brausteuer einstimmig, und die für die einheitliche Organisation im Brauereiarbeiter-Verbande plädierende Resolution gegen 2 Stimmen an.

Mögen die Besseren Brauereiarbeiter aber auch nun der zweiten Resolution, eine einheitliche Organisation zu schaffen und alle Brauereiarbeiter für den Verband zu gewinnen, Rechnung tragen.

Frankenhäuser. Am 7. Januar fand in Bauersfelds Restaurant eine von sämtlichen Kollegen besuchte Protestversammlung gegen die Brausteuer-Erhöhung statt. Kollege Zug erörterte in eingehender Weise die Erhöhung der Brausteuer und die Folgen, unter welchen hauptsächlich die Brauereiarbeiter zu leiden hätten. Sodann forderte er die Anwesenden auf, in den allgemeinen Protest gegen die Brausteuer mit einzustimmen. Die Protest-Resolutionen wurden einstimmig angenommen. In Punkt 2 wurden die Zustände in der Brauerei-Olle geschildert. Beim Vorstelligwerden erklärte Herr Gütle dem Kartellvorsitzenden Böttger, sowie der Verwaltung der Zählstelle, die Mißstände so schnell wie möglich zu beseitigen. Das uns jetzt bekannt ist, haben sich 3 Mann aus obiger Brauerei der Streikbrecherorganisation angeschlossen, da braucht man sich nicht immer über die Verhältnisse zu wundern! Aufnahmen hatten wir eine zu verzeichnen. Der Vorsitzende

forderte zum Schluß sämtliche Kollegen auf zur Agitation für unseren Verband. Das Mitglied Max Pöbbling, Buch-Nr. 12577, wurde wegen rückständiger Beiträge und Agitation für die Streikbrecherorganisation gestrichen.

Greiz. Am 31. Dezember fand unsere Protestversammlung statt. Kollege Jöchner führte den Anwesenden all die Schäden und Gefahren, welche die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Brausteuer, speziell für die Brauereiarbeiter, in sich birgt, trefflich vor die Augen. Die beiden vom Hauptvorstand zugelandeten Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Bedauerlich ist, daß noch viele Kollegen selbst bei so wichtiger Tagesordnung, wo es ihnen an Haut und Haaren geht, das Versammlungslokal nicht finden können. Nach mehreren Wahlen kamen abermals verschiedene Mißstände der Vereinbrauerei zur Sprache. Man beschloß, dieselben vorläufig auf sich beruhen zu lassen, bei dem bevorstehenden Abschluß des neuen Lohntariffs aber diese vor allen anderen zu berücksichtigen.

Kempten. Am 30. Dezember fand in der „Gewerbehalle“ eine Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die Biersteuererhöhung statt. In einem großartig angelegten Vortrag sprach Gen. Maurer-München fast 2 Stunden zu der leider schlecht besuchten Versammlung. Der Redner verstand es vorzüglich, die Wirkungen des indirekten Steuersystems im allgemeinen und der Bier- und Tabaksteuer im besonderen zu schildern. Daß auch die Ueberpartei ihren Teil Kritik traf, ist selbstverständlich, denn es müssen ja „waterlandlose Gesellen“ sein, die eine notwendige Steuer zur Erweiterung von Heer und Marine nicht anerkennen wollen, und sich sogar unterziehen, gegen eine solche Steuer zu opponieren. Weil nun die geforderten Steuern zu so unproduktiven Zwecken angewendet werden und weil Tausende von Arbeiterfamilien durch eine solche Sonderbesteuerung der beiden Industrien, Tabak- und besonders der Brauindustrie, durch eine solche wahnstänige Finanzpolitik in Frage stehen, haben die Arbeiter dieser Branchen alle Ursache, zu protestieren und zu verlangen, daß diejenigen für die Steuern aufkommen, die die Vermehrung von Heer und Flotte für notwendig halten und ebenfalls auch den Vorteil davon haben. Dieser Vorteil wird aber nicht groß sein, wenn nicht, wie jetzt, die breiten Massen die Lasten tragen. Mit einem kräftigen Appell, die Anwesenden möchten in der Agitation nicht erlahmen und immer wieder von neuem Mut fassen, schloß der Referent seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Die beiden bekannten Resolutionen wurden angenommen und mit der Aufforderung, die Anwesenden möchten sich einmal bemühen, den Organisationsgedanken richtig zu erfassen und mitzuhelfen an dem Ausbau des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter, wurde die Versammlung geschlossen.

Kempten. Am 10. Dezember fand im Gasthaus „Zur Gans“ eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt. Kollege Grot-München sprach über: „Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Brauereiarbeiter und die hohe Bedeutung von Tarifabschlüssen.“ Seine trefflichen Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Mehrere Kollegen ließen sich aufnehmen. In der Diskussion brachte der Vorsitzende die ungleichen und ungesunden Lohn- und Arbeitsverhältnisse zur Sprache. Ein drastisches Beispiel habe sich wieder in der Aktienbrauerei mit einem Bierführer abgespielt. Lange Jahre war der Kollege dort beschäftigt; vorige Woche wurde dem Bierführer einfach 1 Mk. vom Lohn abgezogen, ohne denselben in Kenntnis zu setzen. Unorganisiert, einer allgemeinen Diktation gegenüber, was tun, wenn man nicht damit einverstanden ist? Die Arbeitsstelle verlassen? So ist es auch gekommen, und die Betriebsleitung hat sich dadurch einen auffallenden Terrorismus erspart, sie braucht den viele Jahre beschäftigten, unbenutzten Arbeiter nicht zu entlassen, er ist selbst gegangen. So wird in Zukunft noch mancher Brauereiarbeiter hinausgeschickt werden. Am schlechtesten waren die Kollegen vom Bürgerlichen Brauhaus vertreten. Mancher konnte diese Freigabe der Kollegen dieser Brauerei nicht recht begreifen, denn von außen scheinen die Verhältnisse nicht so glänzend. Nun sind wir aber im Klaren. Die Firma hat mit ihren Arbeitern einen „schönen“ Tarif abgeschlossen; 4 Jahre un kündbar, sagt ein Mann, der es wissen muß. Das Recht der Öffentlichkeit, aber scheint es, hat dieser Tarif zu schenken. Man kann sich dies leicht vorstellen, denn wer soll die Interessen der Arbeiter vertreten bei einer unorganisierten Masse, wo jeder Angst haben muß, wenn er sich weigert zu unterschreiben, daß er entlassen wird. Man, einmal wird die Zeit kommen, wo es auch diese Kollegen einsehen werden, welchen Ehrstreich sie begangen haben. Klar ist es auch hier wieder, daß die Mahnahme der Brauerei lediglich in Rücksicht auf den Verband getroffen wurde. Man will den Verband nicht dabei haben, um billiger davon zu kommen, denn mit den eigenen Arbeitern macht man, was man will. Klar ist es aber auch, daß der Verband sich an diesen „Tarif“ nicht gebunden fühlt. Die Herren haben sich verrechnet, wenn die Kollegen zur Einsicht kommen.

Kiel. In der Protestversammlung gegen die Brausteuererhöhung am 21. Dezember sprach Kollege Grot. Derselbe wies hin auf die Disziplinlosigkeit im Deutschen Reich, der nun durch eine weitere Erhöhung der indirekten Steuern ein Ende gemacht werden soll. Aber die indirekte Steuer ist eine Kopfsteuer und deshalb zu verwerfen, weil sie sich nach dem Verbrauch des Konsumenten und nicht nach seinem Einkommen richtet. Durch die Besteuerung von Lebens- und Genußmitteln werden die Klassen vorwiegend auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt. Außer der Fahrsteuer, Quittungs- und Tabaksteuer soll die Brausteuer von 4 auf 7 resp. 12,50 Mk. pro Doppelzentner erhöht werden. Die Staffelung der Steuer ist nur ein Vorwand für die kleinen Brauereien, die aber vor dieser Art der Staffelung den größten Schaden haben, der Aufschlagungs-Prozess der kleinen Brauereien, ihr Ruin würde dadurch nur beschleunigt, ihre Arbeiter ergebnislos werden. Der Reichsstaatssekretär rechnet, daß eine solche Erhöhung der Brausteuer den Liter Bier höchstens um 2 Pf. verteuern würde. Wenn man 2 B. in Bayern 1 Liter Bier um 2 Pf. verteuern würde, würden sich gewiß auch sämtliche Bürger und sogar die Soldaten widersetzen. Der Arbeiter ist es, der in erster Linie bluten soll. Wenn man die große Teuerung für Fleisch, Brot usw. bedenkt und daß am 1. März noch weitere Besteuerungen durch den Zolltarif erfolgen, dann wird man begreifen, daß man sich wehrt. Sich wehren müssen aber auch die Volksvertreter im Reichstag; die Volksvertreter wird man auch hierbei wieder kennen lernen, und haben die Arbeiter Sorge zu tragen, daß solche Volksvertreter nicht wieder in den Reichstag kommen. Nach Schluß des mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages wurden die Resolutionen einstimmig angenommen.

Leipzig i. S. Hier fand am 6. Januar die Protestversammlung gemeinschaftlich mit den Tabakarbeitern statt. Die Versammlung war von 200 Personen besucht. Genosse Schulze-Leipzig hielt den Vortrag über die beiden Steuererhöhungen auf Tabak und Bier. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Leutkirch. Die letzten zwei Versammlungen, die Quartalsversammlung und Protestversammlung, waren mitternachts besetzt. Bei ersterer kann wohl die Schuld auf ungenügende Korrespondenz zurückgeführt werden, aber schon die Protestversammlung bewies, daß der Vertrauensmann, wie der größte Teil der Kollegen von Leutkirch kein Interesse an der Verbesserung ihrer Lage haben. Daß da allerhand faule Ansichten herrschen müssen, um sich von seiner Pflicht zu entbinden, liegt

klar auf der Hand, und man könnte fast glauben, daß die Kollegen Leutkirch in den besten Verhältnissen lebten, wenn sie nicht selber müßten, daß es noch manches zu verbessern gebe. Nun, die Kollegen von Leutkirch und Umgebung haben vielleicht noch Gelegenheit, ihre Unterlassungssünde einzusehen!

Magdeburg. Am 30. Dezember tagte bei Varels eine außerordentlich gutbesuchte Versammlung. Die Kommission erstattete Bericht über die Verhandlung mit der Cracauer Brauerei wegen Entlassung des Kollegen Schaaf. Kollege Bauer-Hannover erläuterte der Versammlung den ganzen Hergang, der zur Entlassung des Kollegen Schaaf führte. Eine geringfügige Notiz in der „Cracauer Zeitung“ war der Grund. Kollege Bauer, der hierauf mit der Cracauer Brauerei in Unterhandlungen treten wollte, wurde von Direktor May nicht angenommen und an den Direktor Heidebrock von der Aktien-Brauerei verwiesen. Dieser erklärte wieder, daß ihn die Sache nichts angehe und die Angelegenheit dem Syndikus Nagel übergeben sei. Die hierauf erfolgte Verhandlung mit dem Syndikus hatte jedoch keinen Erfolg. Auf eine nochmalige Anfrage beim Direktor May wurde unsern Kollegen Bauer erklärt, daß der Direktor nicht abgeneigt sei, mit der Tarifkommission des Bundesvereins zu verhandeln. Ein derartiges Anerbieten wurde jedoch von unserer Seite rundweg abgelehnt. Somit war nun die ganze Verhandlung geplatzt. Kollege Bauer führte nun einige Mängel der Cracauer Brauerei, insbesondere den Mangel der Reinlichkeit an. Die Bundesgenossen können sich in dem Betriebe alles erlauben. Kommt jedoch ein Verbandskollege und macht auf diese Unsauberkeit aufmerksam, so wird er entlassen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß die Entlassung des Kollegen Schaaf zu unrecht erfolgt sei, und gegen ein derartiges Tun und Treiben der Unternehmern entschieden Front gemacht werden müsse. Eine eingegangene Resolution verurteilte scharf die zu unrecht erfolgte Entlassung des Kollegen Schaaf. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Nachdem Kollege Bauer die Anwesenden noch aufgefordert, fest zusammenzuhalten und auch die übrigen uns noch fernstehenden aufzumuntern, damit auch sie sich uns anschließen, schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter die Versammlung.

Magdeburg. In der Rheinischen Brauerei war vor kurzem das letzte Opfer des Bestrebens, die Verbandsmitglieder los zu werden, der Vertrauensmann G. gemorden. Längst war er manchem unserer „guten Freunde“ ein Dorn im Auge, und gewisse Herren „Kollgen“ vom „Bund“ leisteten das möglichste. Auch der Brauereiführer Majer tat seine „Pflicht“. Er machte einmal die Entdeckung, daß G. nach Herab im Maschinenhaus einem Maschinisten einen Vermahlungszettel geben wollte. Darob Anlaß, große Verhör durch Braumeister Keller und Androhung von Entlassung im Wiederholungsfall. Als er einst im Stall Beiträge einziehen wollte, erging es ihm ebenso. Als er dann die Versammlungspakete in die Frähschmiede der Kutscher hing, wurden dieselben heruntergerissen und in die Kontrollstation gebracht. G.'s Schicksal wuchs an, man brauchte nur noch einen kräftigen Schuß. Das Unglück kam den Herren zu Hilfe. G. hatte Malchur mit der Luftpumpe insolge zu hohen Druckes. Er soll dieses durch instruktionswidriges Verhalten verursacht haben, denn daß das Sicherheitsventil durch Anhängen von einer Schraube von 2-3 Pfund überlastet war, will man nicht gelten lassen. Trotzdem einigen vom „Bund“ schon daselbe und noch mehr passierte, erfolgte dort keine Kländigung. Eine Kommission des Verbandes wurde bei der Direktion der Rheinischen Brauerei vorbestellt. Herr Direktor Thomas gab kund, daß G. nicht wegen der Bierpumpe, sondern wegen fortgesetzter Falschung gegen die Anordnungen seiner Vorgesetzten entlassen wurde. Der Braumeister Keller zog einen langen Zettel hervor und las die Sünden des G. vor. Sogar eine Verhöhnung des vor einem Jahre verstorbenen Brauereiführers Seybold trante man aus. Sodann marschierten die Herren „Kollgen“ vom „Bund“ als Zeugen auf; sie taten denn auch mit Eifer ihre Schuldigkeit, galt es doch, den verhassten Gegner zu bestrafen, der ihnen ob ihres Arbeiterverrats so oft schon die Wahrheit gelogt hatte. Zum Schluß erklärte Herr Direktor Thomas, die Kländigung zurückzunehmen, wenn Herr Braumeister damit einverstanden sei, doch werde dieser nicht wollen. Und so war es auch: Herr Braumeister Keller erklärte, es bleibe dabei, er trage die Verantwortung. Die Freude gewisser „Kollgen“ vom „Bund“ war aber doch zu früh. Bei einem nochmaligen Vorstelligwerden wurde die Kländigung zurückgenommen.

Wie eine gewisse Sorte „Kollgen“ vom „Bund“ unseren Vertrauensmann G. verfolgte, wie sie ihre „Kollgenialität“ beständig, davon ein Beispiel: Als G. im Sommer einer sechs-wöchentlichen Militärpflicht genügte, juchten ihn einige dieser „Kollgen“ mit Gewalt in eine Kauferei zu drängen, fragen ihn nach seiner Urlaubsbefreiung usw. G. wich aus. Anderen Tags überstiegen sie ihn hinter dem Rücken auf der Straße, zerrissen ihm seine Kleider, entrißen ihm sein Seitengewehr und suchten damit das Weite. Die Polizei mußte in der Wohnung eines der Suchenden das Seitengewehr holen. G. wurde vom Kriegsgericht freigesprochen, die Herren hatten ihren Zweck nicht erreicht. Ist sie nicht ergebend, diese im „Bund“ gepflegte Kollgenialität?

Meißen. Die Brauereiarbeiter von Meißen und Umgebung nahmen in einer am 31. Dezember im „Zurachhaus“ stattgefundenen öffentlichen Brauereiarbeiter-Versammlung gegen die von der Regierung geplante Biersteuererhöhung Stellung. Hauptreferent Kollege Stöcklein-Leipzig erläuterte in einem 1 1/2 stündigen Vortrag die durch die Höhe und geplante Biersteuererhöhung erfolgende Belastung der Brauereien ins-gesamt. Besonders den kleinen Brauereien sei es dann um so doppelt schmerzlicher, ihre Existenz zu behaupten, wenn die Regierung immer noch mehr die Brauereien mit neuen Steuern belastet, was auch für die Brauereiarbeiter von Nachteil sei. Redner ersucht daher die Anwesenden, fest zur Organisation zu halten, um so als geschlossenes Ganzes der Regierung zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, ihr Einkommen durch noch mehr indirekte Steuern schmälern lassen zu wollen. Durch die in Kraft tretenden Höhe und die geplante Biersteuererhöhung schiebt sich das Großkapital der Brauereien immer mehr und mehr zusammen, kauft die kleinen Brauereien auf, läßt sie eingehen, was zur Folge hat, daß dadurch das Heer der arbeitslosen Brauereiarbeiter vergrößert wird. Zum Schluß seines Vortrages forderte Redner die dem Verbande der Brauereiarbeiter noch fernstehenden Kollegen auf, sich denselben anzuschließen, um so Hand in Hand mit den Organisierten ihre Interessen zu vertreten, da doch die von der Regierung geplante Biersteuererhöhung auch für ihr ferneres Erwerbssleben von großem Nachteil ist. Auch bedauerte er, daß von den 80 Mitgliedern, welche zur Jubiläumfeier erschienen, es nur 47 für nötig hielten, zur Protestversammlung zu erscheinen. Die Resolutionen fanden einstimmige Annahme. Vor Schluß der Versammlung sprach in kurzen Worten Gen. Langenack über das Genossenschaftswesen und ersuchte die Brauereiarbeiter, sich dem Genossenschaftswesen anzuschließen und dem Konsumverein in Meißen beizutreten. Der Vorsitzende erinnerte noch daran, daß es Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters sei, die Arbeiterpresse, den „Volksfreund“, zu abonnieren und nicht das „Reifenetz Tagesblatt“, welches bei jeder Gelegenheit die Interessen der Arbeiter zu Füßen tritt.

Nemmungen. Zu der am 31. Dezember auf 3 Uhr einberufenen Versammlung erschienen bis 1 Uhr 15 Kollegen, darunter vier Bierführer, was besonders zu begrüßen war.

